

## Ein Friedenszeichen aus vielen bunten Blumen

### Kundgebung anlässlich des internationalen Antikriegstages

me. Am 1. September 1939 begann der Zweite Weltkrieg. Was liegt näher, als diesen Jahrestag zum internationalen Antikriegstag zu machen. Und so rief gestern das Friedensbündnis Karlsruhe zu einer Kundgebung auf. Unterstützt von der Gewerkschaft Verdi, vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), von der Piratenpartei und der Partei „Die Linken“ kamen unter dem Motto „Nein zum Krieg“ vor dem Karlsruher Rathaus rund 150 Friedensaktivisten zusammen. Ihre Botschaft wurde nicht nur durch Transparente, sondern auch durch ein Friedenszeichen aus Blumen sichtbar.

Verdi-Vertreter Jürgen Ziegler erinnerte daran, dass 1961 der Mai-Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes „Freiheit und Frieden für die ganze Welt“ lautete. „Diese Forderung ist heute, 50 Jahre später, aktueller denn je“, stellte er fest. Während deutsche Soldaten in Afghanistan seien, schließe das Verteidigungsministerium Einsätze in Pakistan, Jemen, Somalia, Sudan und Libyen nicht aus. Harry Block vom BUND thematisierte die Bedrohung durch Atomwaffen und Atomkraftwerke. Er kritisierte, dass am KIT – wie er sagte – an der vierten Generation von Atomreaktoren geforscht werde.

Kritisch äußerte sich Arno Neuber vom Friedensbündnis zur Afghanistanpolitik der Bundesregierung. „Wir sind für den sofortigen Abzug“, sagte er. Hinterfragen müsse man auch die Rüstungsexporte: „Die Bundesrepublik ist der drittgrößte Waffenexporteur der Welt“, stellte er fest. Es seien nicht nur Panzer für die saudische Armee geliefert worden, man überlege auch, etwa mit Angola ins Geschäft zu kommen.

Mit dabei war auch die Kampagne „Tatort Kurdistan“, zu der unter anderem der Antikriegs-arbeitskreis „Interventionistische Linke“ (IL) und der Kurdische Studentenverband gehören. „Wir prangern die Waffenlieferungen an die Türkei an“, so Mitglied Brigitte Kiechle. „Deutsche Waffen werden im Kampf gegen die kurdische Bevölkerung eingesetzt“, sagt sie. „So werden ganze Dörfer entvölkert.“

Für Aufsehen sorgte ein Auftritt der „Linksjugend solid“. Wie in Panik liefen junge Leute an den Kundgebungsteilnehmern vorbei, ihre weißen T-Shirts mit Kunstblut beschmiert. Verfolger mit Knüppeln „prügelten“ sie nieder. „Das sind alltägliche Kriegsszenen, wie wir sie hier symbolisieren“, sagte Mitglied Michael Chelius und fügte hinzu: „Diese Seite des Krieges sehen die wenigsten.“



*KUNDGEBUNG zum Antikriegstag:  
Mit Transparenten und Blumen für  
den Frieden. Foto: jodo*

➡ Während der Aktion wurden Flyer zum Offenen Brief an Wissenschaftsministerin Bauer zur Zivilklausel [www.stattweb.de/files/civil/Doku20110827.pdf](http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20110827.pdf) und Exemplare der „Zeitung gegen den Krieg“ mit dem Artikel „Beispiel KIT Karlsruhe“ von Dietrich Schulze [www.stattweb.de/files/civil/Doku20110901.pdf](http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20110901.pdf) verteilt. Die Rede von Jürgen Ziegler, der ausführlich auf die Zivilklausel für KIT und das Landeshochschulgesetz (Thematik des Offenen Briefs) einging, und Auszüge aus der Rede von Harry Block, der auf die Zivilklausel im Zusammenhang mit der Problematik KIT-Atomforschung und Atomwaffen einging, sind nachfolgend dokumentiert.

## Jürgen Ziegler

### **Geschäftsführer ver.di, Bezirk Mittelbaden-Nordschwarzwald Rede zum Antikriegstag am 1. September 2011, 18:00 Uhr auf dem Marktplatz in Karlsruhe** (Es gilt das gesprochene Wort)

Freiheit und Frieden für alle – nie wieder Krieg! Das ist die Losung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum heutigen Antikriegstag am 1. September 2011.

Wir erinnern heute an den Angriff deutscher Truppen auf Polen mit dem 1939 der Zweite Weltkrieg begann.

Zum 70. Mal jährt sich auch der verbrecherische Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion 1941.

Der erste Atombombenabwurf auf Hiroshima und Nagasaki erfolgte 1945, also vor 66 Jahren durch die Amerikaner, auch das darf nicht in Vergessenheit geraten.

Freiheit und Frieden für die ganze Welt lautete der Maiaufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes bereits im Jahr 1961.

Diese Forderung ist heute, 50 Jahre später, aktueller denn je.

Dieses Jahr jährt sich aber auch der Kriegsbeginn in Afghanistan zum 10. Mal.

Die Nachrichten über Opfer und Kampfhandlungen erreichen uns fast täglich.

Die Bevölkerung braucht aber Arbeit und Stabilität und nicht Unsicherheit und Gewalt.

Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf:

Beendet den Bundeswehreinsatz in Afghanistan sofort und unterstützt verstärkt die Zivilgesellschaft.

Vom Verteidigungsministerium werden Einsätze der Bundeswehr in Pakistan, Jemen, Somalia, Sudan und Libyen nicht ausgeschlossen.

Und hier sei die Frage erlaubt, welche Rolle spielt die Bundeswehr wirklich in Libyen beim Kampf um Erdgas und Öl.

Life-Werbeschau für Kampfflugzeuge, direkt von der Front werden Militärpiloten eingeflogen, um mit bombigen Verkaufsargumenten für Kampfflugzeuge zu werben (allein Indien stellt in Aussicht 126 Eurofighter zu kaufen. Für weitere 69 soll es eine Option geben.

Das Geschäft mit Kriegsgeräten blüht besser denn je.

Oh Schreck, jetzt hat man auch in Libyen modernste Gewehre von der, nicht ganz unbekanntem, deutschen Firma Heckler & Koch entdeckt (Hinweis auf BNN-Artikel vom 1.9.2011).

Deutschland ist der drittgrößte Waffenexporteur der Welt.

Wir fordern die Bundesregierung einmal mehr auf Rüstungsexporte in Krisenregionen wirksam zu verbieten und insgesamt die Rüstungsausgaben nachhaltig zu senken.

Die Neuausrichtung der Bundeswehr zu einer Interventionsarmee wird von den deutschen Gewerkschaften mit Entschiedenheit abgelehnt.

Im Frühjahr dieses Jahres begannen große Proteste in der arabischen Welt. Gerade die junge Generation setzt große Hoffnungen darauf, dass diese Gesellschaften ihren Demokratieprozess friedlich und solidarisch fortführen.



Die geplanten 200 Kampfpanzer für Saudi Arabien und die Aufrüstung der Kriegsmarine in Angola sind mit Sicherheit der falsche Weg, Kolleginnen und Kollegen.

An diesem Antikriegstag 2011 sei auch daran erinnert an das Verbrechen in Kundus bei dem 142 Menschen, darunter sehr viele Kinder ermordet wurden.

Dieses Vorgehen unter einem deutschen Befehl war nicht, wie in den letzten Tagen in den Zeitungen zu lesen war, ein „schwerer militärischer Fehler“, nein, die Ermordung von über 142 Zivilisten war ein Kriegsverbrechen unter deutschem Namen und dann muss dies auch so genannt werden, Kolleginnen und Kollegen. Auch dies lässt nur den einen sinnvollen Schluss zu, den Krieg in Afghanistan sofort zu beenden und zivil zu helfen.

Tatort Kurdistan:

Es ist ein Skandal sondergleichen, dass der NATO-Partner Türkei den Nordirak zum wiederholten Mal bombardiert, die Zivilbevölkerung entweder getötet oder vertrieben wird und Berlin fällt nichts anders ein dem NATO-Partner Türkei weitere Rüstungsgüter zu versprechen, die dann gegen das eigene Volk, in Kurdistan oder auch u.U. am 1. Mai gegen streikende und demonstrierende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingesetzt werden, Kolleginnen und Kollegen.

Deshalb lässt unsere Forderung an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig, die da lautet

„Keine weiteren deutschen Rüstungsgüter für die Türkei“.

Das Ende der zivilen Nutzung der Atomkraft muss aber auch das Ende aller Atomwaffen sein.

Es sind immer noch 23.000 einsatzbereit – das sind genau 23.000 zu viel!

Eine atomwaffenfreie Welt, das ist unser Ziel.

Auch aus Deutschland sind die letzten Atomwaffen abzuziehen und zu vernichten.



Die Welt hängt schief. Während in Afrika eine halbe Million Kinder vor dem Hungertod stehen, werden Unsummen für Bankenrettung und Großkonzerne ausgegeben. Gerade in den letzten Stunden wird hier ja mit Milliardenzahlen jongliert, da kann es einem ja als Normalbürger nur noch schwindlig werden.

Hier sei die Frage erlaubt, wo bleibt der Milliarden-Rettungsschirm für die Menschen?

Und noch deutlicher gesagt, „die Hungerkatastrophe in Afrika ist die am meisten zugespitzte Auswirkung der Krisenumverteilung von unten nach oben“.

„Ich bleibe dabei: Ein Kind das in Afrika am Hunger stirbt, wird ermordet.“

Unser Kampf gegen Rechts geht weiter.

Mit sozialer Gerechtigkeit gegen Nazis.

Die wirksamste Waffe gegen die dumpfen und ausländerfeindlichen Parolen der Nazis ist und bleibt eine Politik für mehr soziale Gerechtigkeit in allen Bereichen.

Wir fordern die Politiker auf: Verbot der NPD und aller rechtsextremen Organisationen sofort  
Rechtsextremismus und Rassismus darf in unserer Gesellschaft kein Raum gegeben werden.

Deutschland im Jahr 2011

Burschenschaft streitet über Ariernachweis. Es werden Rassenvorschriften erlassen. Es soll das Abstammungsprinzip bei der Aufnahme neuer Mitglieder in die Burschenschaft gelten.

Maßgeblich ist in Zukunft die Abstammung – die Staatsbürgerschaft reicht nicht aus.

Das, Kolleginnen und Kollegen, ist blanker Rassismus im Jahr 2011.

An den deutschen Hochschulen Kriegsforschung oder Zivilklausel?

Sein oder nicht sein, das ist hier die Frage?

Antwort: Hochschulen für den Frieden, nein zur Kriegsforschung.

(Hinweis auf Wahlprogramm der Grünen und der SPD in Baden-Württemberg)

Wir fordern die grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg auf ihr Wahlversprechen einzulösen und im Landeshochschulgesetz eine Zivilklausel zu verankern mit Gültigkeit auch für das Karlsruher Institut für Technologie.

Die Landesverfassung Baden-Württemberg und das Schulgesetz schreiben „eine Erziehung zum Frieden“ vor.

Deshalb ohne Wenn und Aber „Bundeswehr raus aus unseren Schulen.“

„Wir brauchen kein Werben für das Sterben.“

ver.di Kongress in wenigen Tagen in Leipzig.

Ich bin stolz darauf, dass sich nahezu 100 Anträge mit dem Thema „Friedenspolitik“ befassen.

Allein über 10 Anträge fordern unmissverständlich den sofortigen Abzug deutscher Truppen aus Afghanistan.

Wichtig und richtige Diskussion: Annahme, Empfehlung der Antragskommission

Weitere Forderung:

Bundeswehr zurück in die Kasernen, keine Kooperation von Schulen und Bundeswehr.

Frieden und Sicherheit weltweit

Der Bundeskongress beschließt:

ver.di lehnt Krieg als Mittel der Politik grundsätzlich ab, ver.di setzt sich dafür ein,

dass sich die Bundesrepublik Deutschland nicht an kriegerischen Auseinandersetzungen beteiligt,

dass Angehörige der Bundeswehr nicht in Kriegsgebieten eingesetzt werden und

dass der Rückzug der Bundeswehr aus allen aktuellen Kriegsgebieten umgehend erfolgt.

ver.di ruft ihre Mitglieder deshalb auf sich an Friedensaktivitäten zu beteiligen.

Schluss:

Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus ist alles andere als eine abgedroschene alte Floskel.

Nein!

Kolleginnen und Kollegen, sie ist leider aktueller denn je.

Deshalb stehen wir heute hier in Karlsruhe auf dem Marktplatz, das ist gut so, Kolleginnen und Kollegen, und ich sage vielen Dank für eure Geduld.

## **Harry Block (BUND)**

### **Auszug aus der Rede zum Antikriegstag**

**am 1. September 2011, 18:00 Uhr auf dem Marktplatz in Karlsruhe**

Das ehemalige Atomforschungszentrum hatte den gesamten Kreislauf für eine Atombombe parat. Es gab einen Schnellen Brüter. Es gab eine Wiederaufarbeitungsanlage. Es gab das Tritium-Labor. Und es gab ein Institut für Sprengstoffe (Fraunhofer ICT). Alles was man braucht, um eine Atombombe zu bauen. Und unter dem Mantel der Wissenschaft wurde dieses Wissen unbewusst weiter gegeben an Wissenschaftler aus dem Iran, Irak, Pakistan, Indien, Südafrika, Argentinien

und Brasilien, obwohl dem Forschungszentrum Karlsruhe nur die Verfolgung friedlicher Zwecke erlaubt ist (Zivilklausel). Alles unter dem Deckmantel der „friedlichen Nutzung“, weil die zweite Seite der Medaille, der waffenfähige Einsatz der Atomenergie, einfach ausgeblendet wurde. Die Amerikaner hatten das frühzeitig erkannt und das Forschungszentrum Karlsruhe war bis 1992 auf der Embargoliste der Vereinigten Staaten von Amerika.

Wer aber glaubt, dass der Umgang mit diesen radioaktiven Stoffen beendet ist, der täuscht sich.

Die Auseinandersetzung jetzt um die Zivilklausel, um die zivile Forschungsklausel in der Universität Karlsruhe, ist eine extrem wichtige Auseinandersetzung.

Genauso wie die Auseinandersetzung mit dem Neubau des Europäischen Instituts für Transurane (ITU) draußen im Forschungszentrum eine wichtige Auseinandersetzung ist. Es geht um die vierte Generation von Atomreaktoren. Es geht um Schnelle Brüter. Es geht um Wiederaufarbeitung. Also genau um die Technologie, die wenn man Böses unterstellen will, eben wieder zu Atomwaffen führen kann.



Und weil diese neue Generation von Atomreaktoren noch leichter bedienbar ist, das Material für eine Atombombe, das Uran 238 plus Plutonium, noch wesentlich leichter heraus zu nehmen ist. ist es für Zwergstaaten und Habenichtse umso lieber zu benutzen, um an die Bombe zu kommen.

Und weil vorher Lybien genannt wurde. Dieselben Herren, die 20.000 Luftangriffe befohlen haben, wie Sarkozy und Berlusconi, haben vor zwei Jahren ein Atomabkommen mit Lybien zum Bau eines Atomkraftwerks geschlossen. Wozu braucht Lybien ein Atomkraftwerk? Ich frage Euch, mit so viel Gas- und Ölvorkommen, mit so viel Solarenergie? Was wollte Gaddafi mit diesem Atomwissen? Er wollte diese Atomkraft nicht friedlich nutzen. Er wollte letztendlich das Wissen für die Atombombe, so wie alle Zwergstaaten den Wunsch dazu haben.

Und deswegen muss es für uns heißen: Wehret den Anfängen. In Karlsruhe darf es keine Forschung in diese Richtung geben. Wir wollen das Ende der „friedlichen Nutzung“ der Atomenergie durchsetzen auch indem wir sagen: Es gibt keine Forschung für zukünftige Reaktoren, die angeblich noch sicherer sein sollen, als die abgeschaltete/abzuschaltende erste und zweite Generation. Die dritte Generation ist ja gerade im Bau. Wir müssen verhindern, dass es diese vierte Generation gibt. Und deswegen treten wir als Umweltverband dafür ein, dass da draußen im geplanten Neubau des ITU keine Forschung im Sinne der Plutoniumwirtschaft und der vierten Atomreaktorgeneration stattfindet.

Es darf in Karlsruhe, nachdem der Atom-Müll weggebracht wurde, und jeder weiß, dass das ein Problem war, darf es keine Lagerung von 180 kg Plutonium, das entspricht 18 Atombomben, und keine Lagerung von 100 kg angereichertem Uran, das entspricht 10 Atombomben - die erste Bombe auf Hiroshima war eine Uranbombe – das darf es in Karlsruhe nicht geben. Diese Genehmigung muss aufgehoben werden. Und darf keine neue Genehmigung geben für Thorium.

Deswegen stehen wir auch heute hier und sagen: Wir wollen nicht nur die Atomwaffen weghaben von dieser Erde, sondern auch die Atomforschung in Karlsruhe.